



# Swiss Internet Governance Forum

Swiss IGF 2020

## Messages von Bern

28. September 2020

### Plenum 1: Umwelt & Klima 4.0

Das Klimasystem ist ein sehr chaotisches System, das schwer zu verstehen ist. Heute wird es mit Computern bis auf einen Kilometer genau überwacht und modelliert. Das «Klima» ist die Spanne, in der sich die Temperaturen in einem Land während einer Jahreszeit bewegen. Ändern sich diese Temperaturen, spricht man von Klimawandel. Das Klima kann mithilfe verschiedener Parameter, einschliesslich der Temperaturen der Ozeane und der Bodentemperaturen, zu denen auch die Temperaturen aus der Vergangenheit gehören, modelliert werden. Mit einem dieser Modelle wird der CO<sub>2</sub>-Ausstoss mit dem prognostizierten Temperaturanstieg aufgrund von Treibhausgasen verglichen.

Die Digitalisierung wirkt sich auf die Umwelt auf drei Ebenen aus:

1. Direkte Auswirkungen auf die Nutzung bestehender oder neuer Geräte
2. Verbesserte ökologische Effizienz durch den Einsatz von IKT
3. Rückkopplung von Effekten erster und zweiter Ordnung mit dem Sozialverhalten

Bisher hat sich die Digitalisierung negativ ausgewirkt. Der Energieverbrauch ist sowohl mit Chancen als auch mit Risiken verbunden. Es ist wichtig, die Vorteile durch Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft, Suffizienz und Datenverwaltung bestmöglich zu nutzen.

Es handelt sich also nicht nur um eine technische Frage, sondern auch um eine gesellschaftliche Herausforderung.

Die Frage «Massnahmen vs. Anreize» sollte auf politischer Ebene diskutiert werden. Massnahmen könnten zu Bedenken Anlass geben, da sie als «Regulierung» verstanden werden könnten. Werden Anreize für die Reduzierung des Konsums geschaffen, hat dies einen Einfluss auf die Wirtschaft. Das Wachstum bzw. die wachstumsorientierte Dynamik der Wirtschaft wiederum werden Energiesparmassnahmen zunichtemachen, vor allem dann, wenn dadurch immer mehr digitale Geräte genutzt werden. Die Elektromobilität ermöglicht es zwar, Kohlenstoffemissionen zu verringern, gleichzeitig werden aber auch Kobaltressourcen verbraucht. Dies zeigt, dass einige Lösungen eine andere Auswirkung als erwartet auf die Ressourcen der Erde haben.

Effizienzsteigerungen alleine werden nicht ausreichen. Wir brauchen Massnahmen zur Verringerung umweltschädlicher Praktiken. Es könnte eine abgestufte Verantwortung eingeführt werden, bei der die Behörden eine neue Bewegung einleiten sollten, die hin zu umweltfreundlicherem Verhalten führt.

- Es kann gut sein, dass alle Energiearten zu billig sind. Aus diesem Grund könnte eine Preiserhöhung ein Schritt in die richtige Richtung sein. Die Schweiz führt eine neue CO<sub>2</sub>-Steuer auf Flugtickets ein. Sollte sie vielleicht auch eine Steuer auf IKT in Erwägung ziehen? Weiter untersucht werden sollte ausserdem, ob energieintensive Produkte besteuert werden sollten.
- Die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und Instrumenten könnte zu einer besseren Effizienz der Ressourcennutzung führen. Oder es könnten mit Anreizen CO<sub>2</sub>-neutrale Ökosysteme gefördert werden, z. B. klimaneutrale Datenzentren, die nicht nur energieeffizient sind, sondern auch grüne, erneuerbare Energiequellen nutzen.
- Der CO<sub>2</sub>-Fussabdruck könnte in Abhängigkeit der für den Cloudbetrieb verwendeten Energiequelle beurteilt werden.
- Die Datenmengen werden weiter zunehmen. Eine Möglichkeit bestünde darin, dieses Wachstum zu bremsen.
- Es könnte eine Bewertung der Energieklassen von Mobiltelefonen und auch des ökologischen Fussabdrucks bei der Herstellung eines Telefons oder gar eines beliebigen Gerätes vorgenommen werden.
- Die Kreislaufwirtschaft allein wird nicht ausreichen. Der Konsum muss reduziert werden.

Dies sind nur einige der vielen Wege, die zusammen mit deren politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen weiter untersucht werden sollten.

## **Plenum 2: Wie hast Du's mit der Digitalisierung? Interesse, Kompetenzen und Ideen in Politik und Verwaltung**

Die Digitalisierung hat uns enorm viele positive Dinge gebracht. Nebst dem Positiven gibt es aber auch Schattenseiten. Diese Ambivalenz zeigt sich auch in den Positionen der Politikerinnen und Politiker sowie der Parteien. Die Digitalisierung bleibt ein Feld, das nicht stark beachtet wird, und war beispielsweise auch im Wahlkampf 2019 nicht sehr präsent. Die Frage stellt sich also: Wie steht es um die digitalen Kompetenzen der Politik?

An einer anlässlich der Parlamentswahlen 2019 durchgeführten Studie zur digitalen Affinität der Kandidatinnen und Kandidaten nahmen nur gerade  $\frac{1}{4}$  von ihnen teil. Dabei waren die Grünen und Grünliberalen bei diesem Thema am aktivsten (mit einer Teilnehmerrate von je 30%).

Ebenfalls interessant ist der Umstand, dass die Parteien nicht klar Stellung bezogen, sondern sich nur punktuell und durch individuelle Exponentinnen und Exponenten dazu äusserten. In den Parteien muss jedoch unbedingt die für eine Positionierung nötige Expertise aufgebaut werden – Digitalisierung muss zu einer politischen Kultur werden.

Ein fundamentales Problem ist der Mangel an Fachkenntnis im Bereich der Digitalisierung. Da das technische Know-How sehr komplex ist, kann nicht jede und jeder eine Fachperson in diesen Fragen sein. Im Bereich der Weiterbildung des Parlaments müssen Massnahmen



# Swiss Internet Governance Forum

ergriffen werden. Zusätzlich ist es nötig, dass die Begrifflichkeiten und Grundsätze geklärt werden und die Sprache auch Nichtfachleuten zugänglich gemacht werden kann.

Digitalisierung soll das Schaffen von Gemeinwohl vorantreiben. Dementsprechend muss man sich auch der Diskussion mit der Basis stellen, um zu verstehen, was das Bedürfnis der Gesellschaft ist und wie unsere Gesellschaft der Zukunft aussehen soll. Hier sind auch die Inputs von zivilgesellschaftlichen Organisationen von Bedeutung.

Wir brauchen eine Verwaltung, die mutig und experimentierfreudig ist. Hier ist mehr Aktivität und Risikofreude gefragt – nicht nur auf nationaler, aber auch kantonaler Ebene, wo es bereits Leuchtturmprojekte gibt. Es zeigt sich, dass die französischsprachige Schweiz in diesem Bereich generell voraus ist. Schlussendlich soll die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung so «bottom-up» wie möglich, aber auch so «top-down» wie nötig stattfinden. Bis zu einem gewissen Grad könnte dies bedeuten, dass die Ideen «bottom-up» einfließen und die nötige Finanzierung «top-down» erfolgen könnte, wie beispielsweise über einen «Fonds numérique», über den die Kantone und Gemeinden Projekte finanzieren könnten.

Internationale Vorbilder im Bereich der Digitalisierung sind das Vereinigte Königreich, Estland, Dänemark oder auch Holland, doch müssen wir auch die Gegebenheiten der Schweiz berücksichtigen. Wir brauchen Lösungen, die mit unserer Kultur und der politischen Struktur kompatibel sind. Die Schweiz hat mit der direkten Demokratie eine extreme Stärke, die man auch mittels einer digitalen Entscheidungsfindung weiter ausbauen sollte.

## **Plenum 3: Selbstbestimmung im digitalen Raum**

Mit der zunehmenden Datenkonzentration und technischen Entwicklung werden Grundwerte und die Selbstbestimmung des Individuums im digitalen Raum zunehmend herausgefordert. Wie viel Selbstbestimmung haben Bürgerinnen und Bürger im digitalen Raum oder verlieren sie immer mehr Kontrolle über ihre Daten? Soll es eine digitale Selbstbestimmung überhaupt geben und wie könnte ein selbstbestimmter Datenraum aussehen?

Vorgestellt wurde das Projekt der digitalen Selbstbestimmung und vertrauenswürdigen Datenräumen, welches einen Ausweg aus dem gegenwärtig bestehendem «trade-off» zwischen dem Schutz individueller Grundrechte (z. B. Datenschutz) und der innovativen Nutzung von Daten aufzeigen soll.

Mit der digitalen Selbstbestimmung eng verknüpft ist das Konzept der «informationellen Selbstbestimmung». Letztere gibt dem Individuum das Recht, grundsätzlich selbst über die Verwendung der Daten zu bestimmen, welche sich auf seine Person beziehen. Aufgeworfen wurde dabei die Frage, inwieweit ein solches Konzept global skalierbar und somit in Realität umsetzbar ist, oder ob der Fokus nicht auf die konkreten Nachteile der Datenbearbeitung (wie z. B. Diskriminierung) gelegt werden soll.



# Swiss Internet Governance Forum

Diskutiert wurde zudem die Frage, ob und inwieweit das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung nicht nur im Verhältnis zwischen dem Staat und den Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch im Verhältnis zwischen Privaten wirken kann und soll.

Hervorgestrichen wurde das Element des Vertrauens und das Spannungsfeld zwischen dem zunehmenden Misstrauen von Individuen gegenüber Profiling und Tracking und teils fehlendem Bewusstsein von Personen, wie viele Daten sie eigentlich von sich bekannt geben. Diskutiert wurden verschiedene Möglichkeiten: die Stärkung von lokalen, regionalen Datenräumen oder die Frage nach Qualitätslabeln.

## **Workshop 1: Herausforderung Digitale Märkte und Internet-Plattformen**

Es ist offensichtlich, dass Internet-Plattformen in gewissen Sektoren eine grosse praktische Bedeutung erlangt und in wirtschaftlicher Hinsicht einige Märkte stark umgestaltet haben. Die Frage, ob und wie diese Internet-Plattformen reguliert werden sollen bzw. können, wurde ambivalent beurteilt. Befürchtungen, dass mit Regulierung Innovationen und die Dynamik der Märkte gebremst würden, reihen sich neben Aufforderungen, das Know-how aus internationaler Forschung und Politik für die Schweiz und deren Strategien zu reflektieren.

## **Workshop 2: Bibliotheken 4.0 – Innovation für den Wissenstransfer**

In diesem Workshop stellten die Referentinnen und Referenten konkrete Projekte von Bibliotheken aus der ganzen Schweiz (Nationalbibliothek, öffentliche und universitäre Bibliotheken) vor, mit denen sie den Herausforderungen des digitalen Wandels beim Zugang zu Informationen begegnen: Zugang zu E-Books (Bibliothek der Universität Genf), zentraler Zugang zu wissenschaftlicher Literatur (zentrale Dienstleistungsplattform *Swiss Library Service Platform*, SLSP), Langzeitarchivierung von Websites mit Schweizer Charakter (Webarchiv Schweiz), Vermittlung von Informationskompetenzen bei Jugendlichen (GGG Stadtbibliothek Basel).

## **Workshop 3: Cybersicherheit & Cyberkriminalität: Globale Herausforderungen – lokale Lösungen?**

Verschlüsselung ist für die Sicherheit unerlässlich, und jeder Versuch, die Verschlüsselung zu schwächen oder Hintertüren einzubauen, birgt mehr Risiken als Vorteile. Die Meldung von Cyberkriminalität muss vereinfacht werden (wo, wie, notwendige Beweise). Ausserdem wollen die Opfer über den Verlauf der Ermittlungen informiert werden. Die Bekämpfung der Cyberkriminalität ist eine globale Aufgabe und erfordert eine breite Zusammenarbeit aller Stellen in allen Ländern. Über Cyberkriminalität wird sehr wenig berichtet. Auf Cybersicherheit spezialisierte Firmen können helfen, Licht ins Dunkel zu bringen, insbesondere über das wahre Ausmass der zahlreichen kleinen Fälle. Aufklärung ist der Schlüssel zur Prävention von Cyberkriminalität und zur persönlichen und allgemeinen



# Swiss Internet Governance Forum

Cybersicherheit. Dies muss auch im Hinblick auf die nächsten 3,5 Milliarden neuen Internetnutzenden in den kommenden Jahren berücksichtigt werden.

## ***Messages from Bern***

*In den «Messages from Bern» werden die Hauptpunkte der Plenarsitzungen und Workshops des Swiss IGF 2020 kurz, prägnant und neutral zusammengefasst. Sie werden dem globalen «UN Internet Governance Forum» (IGF) und dem «European Dialogue on Internet Governance» (EuroDIG) vorgelegt, damit sie in die Diskussionen in diesen Foren einfließen können.*

*Die «Messages from Bern» 2020 wurden von unserem Reporterteam zusammengestellt: Olivier MJ Crépin-Leblond, Andrin Eichin und Dominique Keller.*